

**Artikel 18, Buchstabe a(i) - der Behörden, die dafür zuständig sind, Schutzmaßnahmen anzuordnen und Bescheinigungen gemäß Artikel 5 auszustellen**

Nach schwedischem Recht gibt es keine zivilrechtlichen Schutzmaßnahmen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 606/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen. Folglich gibt es keine Behörde, die für die Anordnung entsprechender Maßnahmen oder die Ausstellung von Bescheinigungen gemäß Artikel 5 zuständig ist.

**Artikel 18 Buchstabe a(ii) - der Behörden, bei denen eine in einem anderen Mitgliedstaat angeordnete Schutzmaßnahme geltend gemacht werden kann und /oder die für die Vollstreckung einer solchen Maßnahme zuständig sind**

Eine in einem anderen Mitgliedstaat angeordnete Schutzmaßnahme kann vor dem Staatsanwalt (*åklagaren*) des Ortes, an dem die Maßnahme zur Anwendung kommen oder hauptsächlich angewendet werden soll, geltend gemacht werden.

**Artikel 18 Buchstabe a(iii) - der Behörden, die für die Anpassung von Schutzmaßnahmen gemäß Artikel 11 Absatz 1 zuständig sind**

Der Staatsanwalt des Ortes, an dem die Maßnahme zur Anwendung kommen oder hauptsächlich angewendet werden soll, ist für die Anpassung der Schutzmaßnahme nach Artikel 11 Absatz 1 zuständig.

**Artikel 18 Buchstabe a(iv) - der Gerichte, bei denen ein Antrag auf Versagung der Anerkennung und gegebenenfalls der Vollstreckung gemäß Artikel 13 einzureichen ist**

Ein Antrag auf Versagung der Anerkennung gemäß Artikel 13 ist vor dem Amtsgericht (*tingsrätt*) Stockholm zu stellen.

**Artikel 18 Buchstabe b - die Sprache oder Sprachen, in der bzw. denen Übersetzungen gemäß Artikel 16 Absatz 1 zugelassen sind**

Schwedisch.

Letzte Aktualisierung: 18/12/2018

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.